Nummer 165 — Halle, Freitag, den 17. Juli 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

General Naulin,
der neue Oberbefehlshaber der französischen Armee in Marokko.

*

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß die Ausdehnung des Freifahrtrechtes der Reichstagsabgeordneten auf alle Kraftwagenlinien des Reichspost-Gebietes.

*

Die „Germania" gibt unter der Ueberschrift „Hindenburg-Döring?" die Mitteilung eines kommunistischen Blattes wieder, in der Umgebung des Reichspräsidenten würde das Amt eines Predigers eingerichtet und der Domprediger D. Döring sei hierfür ausersehen. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist diese Nachricht frei erfunden.

*

In Wiesbaden wurde bei einer Sitzung der Handwerkskammer mitgeteilt, daß die Verhandlungen wegen Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk den Erfolg gehabt hätten, daß nunmehr ein besonderer Staatssekretär für Handwerk und Gewerbe durch das Reich bestellt werden soll.

*

Zu der bereits vor einigen Tagen gebrachten Meldung über Einschränkungen verschiedener Zechenbetriebe der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft erfahren wir, daß je ein Hochofen des Gelsenkirchener Werkes sowie der Vulkanhütte in Duisburg außer Betrieb gesetzt werden, so daß künftig von den 9 Hochöfen der Gesellschaft nur noch zwei unter Feuer stehen werden.

*

Wie der „Vorwärts" erfährt, wird die Umbenennung der Budapester- und Sommerstraße in Berlin in Friedrich Ebert-Straße noch Ende dieser Woche erfolgen. Die neuen Straßenschilder sind bereits in Arbeit und die ersten von ihnen werden am Sonnabend angebracht.

*

Im Reichsrat erklärte der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joel, daß der Entwurf eines Amnestiegesetzes dem Reichsrat zugeleitet und auch den Länderregierungen mitgeteilt worden sei. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Reichstags werde darauf Wert gelegt, daß der Reichsrat am nächsten Montag die Vorlage in den Ausschüssen und im Plenum beschließe.

*

In den letzten Tagen sind mehrere Kommunistenverhaftungen in Berlin und Vororten erfolgt. Unter den Verhafteten befinden sich 12 Ausländer. Die kommunistische Betriebsrätezentrale Berlins verbreitet seit Tagen Handzettel in den Fabriken und Betrieben, die zur heimlichen Wahl von politischen Arbeiterräten auffordern.

*

Das „Journal" meldet aus Prag: Die tschechoslowakische Regierung hat den Botschaftsrat angerufen, um eine Entscheidung gegen Deutschland herbeizuführen. Es handelt sich um die deutsche Weigerung, der Tschechoslowakei Freihafenzonen in Hamburg und Stettin in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags abzutreten.

*

Reuter meldet: Die Generaltagung der englischen Grubenbesitzer hat einstimmig die geforderte 15prozentige Lohnerhöhung der Bergarbeitergewerkschaft abgelehnt. Die Arbeitervertreter lehnten einstimmig eine Beteiligung an dem von Baldwin erstrebten Untersuchungs- und Einigungsausschuß ab.

*

„Evening Times" melden aus Shanghai: Der chinesische Generalstreik ist am Montag beendet worden. Die Regierungstruppen sind aus Kanton zurückgezogen worden, das nunmehr ganz unter bolschewistischer Herrschaft steht. In Tsingtau haben die Kulis die Arbeit niedergelegt.

Annahme des Aufwertungsgesetzes.

230 Stimmen dafür, 197 dagegen. / Reichstag und Reichsrat für Dringlichkeit des Gesetzes.

Rentenbankkreditanstalt.

Berlin, 15. Juli.

Ein Spaltpilz hat sich an den Tischen sämtlicher Fraktionen im Reichstagsrestaurant eingenistet: über die Frage des Schankstättengesetzes fliegen Neckereien und manchmal auch ganz besorgte Worte hinüber und herüber. Während im amerikanischen Senat eine Vorlage vorbereitet wird, die die sogenannte Trockenlegung des Landes wieder aufhebt, werden in Deutschland die ersten Schritte zur Trockenlegung getan. Der Kampf gegen den Alkohol ist nicht leicht, man könnte vor Verzweifelung darüber zum Trinker werden, meint einer der Herren. Jedenfalls liegen heute auf dem Tische des Hauses Petitionen mit 466 000 Unterschriften, die ein Gemeindebestimmungsrecht darüber fordern, ob Alkohol verschänkt werden darf oder nicht. Aber das sind wohl Sorgen einer späteren Tagung. Vor den Ferien wird sich der Reichstag kaum mehr damit beschäftigen. Etwas sehr notwendiges erledigt er noch heute, indem er die Vorlage über die

Errichtung der deutschen Rentenbankkreditanstalt

berät, ein Institut, das die Darlehensgebung für unsere Landwirtschaft zentralisieren soll. Ein Sozialdemokrat führt den Reigen an und bekämpft selbstverständlich das Projekt. Der Ernährungsminister Graf Kanitz und namens sämtlicher fünf Mehrheitsparteien, der Deutschnationale Dietrich weisen demgegenüber auf den gesunden Gedanken der Neugründung hin, die mit 500 Mill. Mk. Grundkapital ausgerüstet sein soll und in der Lage sein wird, auch ausländische Kredite größeren Umfanges heranzuziehen. Zunächst handelt es sich nur um Personalkredit, später auch um Realkredit für die Landwirte namentlich zu dem Zweck, daß sie ihre Bodenerträge durch Steigerung der Intensivität vermehren. Man hat in den letzten Jahren befürchtet, daß die Landwirtschaft, weil es ihr unter

dem unerhörten Steuerdruck

jetzt schlecht geht, extensiv arbeiten werde, also ihre Erträge vermindern und zu einer billigeren Ausnutzung der Felder übergehen werde. Die Befürchtung trifft zum Glück nicht zu. Unsere deutschen Landwirte haben viel mehr, teils dank größeren Düngerkrediten, aus dem Lande herausgeholt, was sie nur konnten; damit unsere Ernährung vom Auslande so unabhängig wie möglich werde. Im Jahre 1924/25 ist der Verbrauch von künstlichem Dünger gegen das Vorjahr um 50 Prozent gestiegen. Das ist der klarste Beweis dafür, daß diese Volksgenossen, sofern ihnen nur die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung stehen, es an hingebender Arbeit nicht fehlen lassen. In der Einzelberatung der Paragraphen der Vorlage, die in zweiter Lesung, aber unter Aussetzung der Abstimmungen erledigt wird, äußern Demokraten und Sozialdemokraten das Verlangen, daß in den Aufsichtsrat der Bank auch Delegierte der Landarbeiterverbände kämen. Aus welchem Grunde, das wird nicht ganz klar. Dann geht das Haus zur

dritten Lesung der Aufwertungsgesetze

über, wobei die Ankündigung des völkischen Abgeordneten Henning, man werde einen Volksentscheid darüber herbeiführen, lebhafte Bravo und Heilrufe beim Tribünenpublikum auslöst. Sie wollen sich auf Artikel 72 der Verfassung stützen, der das Inkrafttreten eines Gesetzes um 2 Monate hinausschiebt, wenn ein Drittel des Reichstages es verlangt. Artikel 72 der Reichsverfassung bestimmt aber auch weiter, daß Gesetze, die Reichstag und Reichsrat für dringlich erklären, trotz des angenommenen Antrages auf Aussetzung der Verkündung um zwei Monate vom Reichspräsidenten verkündet werden könne. — Gestützt auf diese Bestimmung der Verfassung brachten die Kompromißparteien gegen den völkischen Antrag einen Antrag ein, in dem der Reichstag ersucht wird, zu beschließen, daß das Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken ein dringendes sei.

*

Um ½10 Uhr konnte der Reichstagspräsident Loebe das Ergebnis der Abstimmung mitteilen:

Mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde das Hypothekenaufwertungsgesetz in dritter Lesung angenommen. Der Antrag der Kompromißparteien, das Aufwertungsgesetz als dringlich zu bezeichnen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen.

Da auch der Reichsrat das Gesetz als dringlich bezeichnet hat, ist praktisch der vorher angenommene Antrag auf Aussetzung der Verkündigung des Gesetzes gegenstandslos geworden. — Um 10½ Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag mittag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Steuerausschuß des Reichstages.

Zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes.

Der Steuerausschuß des Reichstages begann mit der zweiten Beratung des Einkommensteuer-Gesetzes. — Staatssekretär Dr. Popitz wies darauf hin, daß durch die bisherigen Steuermilderungsbeschlüsse des Steuerausschusses insgesamt ein

Steuerausfall von 475 Millionen

Reichsmark entsteht. Es entspann sich dann eine längere Aussprache über Paragraph 3 des Einkommensteuergesetzes, der die beschränkte persönliche Steuerpflicht regelt. Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragte Abg. Keinath (Dvp.), folgende Vorschrift ins Gesetz einzufügen: „Bei Gewerbetreibenden, für die § 3 gilt (also in der Hauptsache die sogenannten Wollkaufleute), ist der Gewinn nach dem Durchschnitt der Gewinne zu ermitteln, die in den der Veranlagung vorangegangenen drei Wirtschaftsjahren erzielt worden sind. Abg. Dr. Dr. Gerecke (Dnat.) erklärte: Seine Partei behalte sich vor, zu gegebener Zeit auf diese Frage zurückzukommen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten wandten sich gegen den Antrag. Ein Antrag des Abg. Dr. Hoff (Dvp.) wurde angenommen, der als Werbungskosten kennzeichnet: „Aufwendungen des Arbeitnehmers für Arbeitsmittel, Werkzeug und Berufskleidung, sowie „Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt".

Neuregelung der Offiziersversorgung

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages bewilligte heute in zweiter Lesung die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz und anderer Versorgungsgesetze. Eingehend wurde auch die künftige Regelung der Offiziersversorgung durchgesprochen. Die Regierung machte Mitteilung davon, wie der in Aussicht genommene Härtefonds von 5,8 Millionen Mark für die teilweise Wiederherstellung der Kampfzulage und für die Ergänzung der Bezüge der Offiziere des Beurlaubtenstandes und ihrer Hinterbliebenen verwendet werden soll. — In einer Resolution brachte der Ausschuß zum Ausdruck, daß durch entsprechende Anordnung an die Stellen der sozialen Fürsorge die Heilbehandlung der Hinterbliebenen, die gesetzlich jetzt nicht zu erreichen war, im Verwaltungswege möglichst umfassend geregelt werde.

Ungnädige Herren.

Verstimmung über die Verzögerung der Antwortnote in London und Paris.

London, 16. Juli. Die „Times" melden aus Berlin, in der englischen Botschaft sei man sehr ungehalten über die Verzögerung der Antwortnote in der Sicherheitsfrage. Die europäische Konferenz, die Deutschland anstrebe, sei unter diesen Umständen für die Sommermonate gefährdet.

*

Wie die „Morningpost" aus Paris meldet, sieht man dort als Grund der Verzögerung der deutschen Antwortnote an, daß Berlin nachträglich noch Bedingungen stellen wolle, die das ganze Sicherheitsproblem gefährden können. Herr von Hoesch habe seine Zusage, die Antwortnote noch im Laufe der letzten Woche zu überreichen, nicht wahrgemacht. Deutschland dürfe sich nicht wundern, wenn Briand nicht länger mit seiner Urlaubsreise zögere und die Sicherheitsfrage dadurch um Wochen hinaus sich verschiebe. — „Havas" meldet: Der deutsche Botschafter war am Dienstag bei Briand, um wegen einer Milderung der Bestimmungen der Entwaffnungs- und der Luftfahrtnote zu intervenieren.

Köln bleibt bis Jahresende besetzt.

„Evening Times" melden aus Köln, von der Kommandantur seien Anweisungen gegeben worden über den Durchtransport der französischen Ruhrtruppen durch die Kölner Zone. Dagegen seien bis jetzt keine Vorbereitungen zu einer Räumung der Kölner Zone bekannt. Die britische Kommandantur sei der Meinung, daß Köln bis Jahresende besetzt bleibe.

Berliner Brief.

Von unserem Berliner Vertreter.

Einigung über die Antwortnote.

Das Reichskabinett ist Mittwoch zu der Beratung der Antwort auf die französische Note vom 16. Juni betreffend den Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengetreten. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf einen Entwurf der Antwort geeinigt. Die Schlußredaktion wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem auswärtigen Ausschuß des Reichstages und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat. Reichskanzler Dr. Luther hat die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die Antwort empfangen. Auch die Parteiführer der Demokraten und der Sozialdemokraten waren zu diesen Besprechungen eingeladen. Wie der „Vorwärts" wissen will, ist die Absendung der Note am Sonnabend in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung der Note würde gleichzeitig in Berlin und Paris erfolgen.

Die sogenannte Stresemannkrisis und ihre Wirkung.

Inzwischen gehen innerhalb der Fraktionen die Verhandlungen über das Zollkompromiß weiter. Auch jetzt sind die Schwierigkeiten noch nicht behoben, sie stehen im gewissen Zusammenhang mit der sogenannten „Stresemann-Krisis", von deren Vorhandensein aber das Reichskabinett selbst nichts wissen will, die aber besonders bei der Presse der Oppositionsparteien spukt: daß die Gegner Stresemanns **auch diesmal den Außenminister nicht zur Strecke bringen werden,** kann schon jetzt als feststehende Tatsache gebucht werden. Zu bedauern bleibt nur, daß die fortgesetzten Meldungen über eine deutsche Regierungskrisis bereits in die ausländischen Blätter übergehen. Solange man nicht die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen, sollte man auch füglich vorsichtig sein, Alarmmeldungen in die Welt zu setzen. Schon herrscht in Paris und London Beunruhigung über das Ausbleiben der deutschen Antwortnote. Die Zwistigkeiten im deutschen Reichstag üben mehr oder weniger ihr Wirkungen in der Auslandspolitik aus. Daß Herr Stresemann am Mittwoch früh selbst sagte: „Ich weiß nichts von einer Stresemannkrisis", sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Wirkung der Aufwertungsgesetze.

Ueber die Folgen des deutschen Aufwertungsgesetzes gibt man sich in Berliner Finanzkreisen einer pessimistischen Stimmung hin. Der Mißerfolg der Berliner Anleihe in New-York war nur Ouvertüre, so schreibt der Börsenkurier. Tatsächlich hat das Publikum in New-York nicht den zehnten Teil der Anleihe gezeichnet, für den dann die Banken mit Zeichnungen bis zu 50 Prozent eintreten mußten. Die Berliner Großfinanz glaubt, daß nun nicht nur alle neuen Kredite in New-York zum Erliegen kommen, sondern daß auch die bisherigen Kredite in schneller Folge gekündigt werden. Neue Anleihen für Reich und Gemeinden würde aber weder in Deutschland noch im Ausland ein Mensch mehr zeichnen. Zurzeit sind von Amerika für 228 Millionen Dollar Kredite nach Deutschland gegeben, wenn dieser Betrag innerhalb der nächsten sechs Monate aus der deutschen Wirtschaft zurückgezogen wird, dann dürfte die Katastrophe für die Daweserfüllung da sein.

So urteilen Berliner Finanzkreise, die immer pessimistisch gesinnt sind und sogar einen Börsenstreik gegen die geplante Anleihebauwertung durchführen. Politisch soll damit gegen die Aufwertungsgesetze, die schließlich eine Notwendigkeit waren, nichts gesagt werden.

Die Entscheidung des Reichspräsidenten.

Die Entscheidung über das Aufwertungsgesetz daß vom Reichstag und Reichsrat für dringlich erklärt wurde, liegt nunmehr beim Reichspräsidenten, der einen Monat Zeit hat, ehe er nach der Verfassung das Gesetz verkünden muß. Der Reichspräsident hat es auch in der Hand, das Gesetz zum Volksentscheid zu bringen oder abzuwarten, ob ein Antrag auf Volksentscheid zustandekommt. Dies müßte von einem Zwanzigstel der Stimmberechtigten beantragt werden. Eine Berliner Zeitung wirft die Frage auf, ob die Aufwertungsgesetze nicht zu solchen Gesetzen gehören, die die Reichsverfassung dem Volksentscheid weitgehend entzieht. Artikel 73 der Reichsverfassung besagt, das u. a. über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, die Lasten, die die Aufwertungsgesetze auferlegen, unter den Begriff „Abgaben" im Sinne der Reichsverfassung zu bringen.

Gefangenenaustausch mit Rußland.

Noch einige politische Intermezzos seien hier angeschlossen. Außer Bayern nehmen auch zwei andere größere Bundesstaaten mit absoluter Entschiedenheit gegen den Finanzausgleich Stellung. Man verratet nicht zu viel, wenn man in einem dieser Protststaaten Württemberg erblicken will. In Preußen selbst äußerte der Finanzminister Bedenken gegen diesen Ausgleich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250717011/fragment/page=0001

Die Russen haben eine Mitteilung nach Berlin gelangen lassen. Man will über den Austausch von Verurteilten verhandeln. Namen sind nicht genannt; die Londoner Morningpost meldet, daß Max Hölz auf der Gegenliste steht. Dies kann in Berlin nicht bestätigt werden.

Der Geburtenrückgang in Frankreich.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Die neuesten soeben veröffentlichten Statistiken über die Bevölkerungsbewegung in Frankreich lassen ein Fortschreiten des Geburtenrückganges erkennen, sogar in einem solchen Maße, daß im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres die Zahl der Todesfälle die der Geburten überstieht. Den 204 431 Todesfällen stehen nur 199 835 Geburten gegenüber, also ein Minus von 4596. Trotz des Hinzutritts von Elsaß-Lothringen ist die Bevölkerungsziffer des heutigen Frankreich kaum größer als vor dem Kriege und in den letzten fünfzig Jahren geworden. Nach der letzten Statistik zählt das Land 39,2 Millionen Einwohner, d. h. genau soviel wie im Jahre 1921 und nur um eine halbe Million mehr als zu Beginn des Jahrhunderts. Die Zahl der Frauen und Männer ist beinahe gleich.

Die Zahl der Geburten überhaupt befindet sich seit 1870 in ununterbrochener absteigender Linie und es erscheint, als ob es hier kein Halten mehr gibt. Im Jahre 1876 betrug sie noch 967 000 fiel dann auf 907 000 zehn Jahre später; sodann auf 867 000 im Jahre 1890, überstieg nicht mehr als 774 000 im Jahre 1907 und ist auf 752 000 im Jahre 1924 gesunken. Der Gesamtüberschuß der Geburten betrug im abgelaufenen Jahre 72 216 gegen 94 871 im Jahre 1923, er übertrifft zwar die letzte Vorkriegsziffer des Jahres 1913 mit ihren überschüssigen 41 901 Geburten, ist aber gegenüber den letzten Jahren ganz außerordentlich im Rückstand. Zwischen 1920 und 1923 sank der Geburtenüberschuß rasch von 159 790 auf 117 023 und 70 589 und scheint sich noch beschleunigen zu wollen. Eine Tatsache, die ganz besonders auffällt, ist die hohe Sterblichkeit der unter einem Jahr alten Kinder, die bei einer beinahe gleichen Bevölkerungsziffer in England und Frankreich im letzteren Lande 73 283 gegen nur 52 352 in England erreichte. Um den Vergleich noch weiter zu ziehen, so sei erwähnt, daß England im letzten Jahre einen Ueberschuß von 313 517 hatte, also um zwei und ein viertel mehr als Frankreich mit der gleichen Bevölkerungszahl.

Bezeichnend ist ferner, daß verhältnismäßig die größte Bevölkerungsanahme in Frankreich in Elsaß-Lothringen und in der Bretagne stattfindet, also in Provinzen, die keine rein französische Bevölkerung beherbergen. In der Bretagne vermehrt sich das keltische und im Elsaß das germanische Blut rascher und stärker als das französische. Ganz besonders niedrig ist die Zunahme um Lyon herum und weiter südlich in den Weingegenden. Ursache mag hierfür einmal das sehr wechselvolle Geschäft des Weinbaues mit seiner Folge von guten und schlechten Jahren sein, außerdem aber auch die Gesetzgebung, die die Stückelung des Bodens unter die Nachkommen vorschreibt und damit die Existenzbasis des Einzelnen immer verengt.

Gleichzeitig verändert sich auch die Struktur des französischen Volkes. Die Landbevölkerung zieht in die Städte, sodaß das flache Land verödet. Der Abnahme der Landbevölkerung von 26,6 Prozent auf 53,6 Prozent steht eine entsprechende Zunahme der städtischen von 37,4 Prozent auf 46,4 Prozent gegenüber. Diese Landflucht ist ganz eigentümlich in einem Lande, das einen so großen Rahmen für eine Gesamtbevölkerung abgibt und sie mit Leichtigkeit ernähren könnte. Ganze Landstriche liegen heute verödet da, ohne daß etwa die Beschaffenheit des Bodens dies bedingt. Am Süden haben sich beispielsweise große italienische Agrarkolonien angesiedelt, in Gegenden, die von der französischen Landbevölkerung verlassen und für ganz billige Preise hergegeben wurden. Mit modernen landwirtschaftlichen Methoden und Maschinen haben die Italiener ausgezeichnete Ernten erzielt, wo die rückständigen französischen Bauern infolge ihres starren Festhaltens an veralteten Bestellungsmethoden an ein Erschlaffen des Bodens glaubten. Künstliche Düngung ist noch sehr gering und selten in Frankreich.

Die eben geschilderte Bevölkerungsabnahme muß allmählich eine physiologische Veränderung des Volkscharakters mit sich bringen. Die Franzosen haben bisher nicht die Kraft besessen, die zahlreichen eingewanderten Ausländer, besonders die Polen und Italiener zu assimilieren. Sie bilden Fremdkörper. In den Kolonien steht allerdings Frankreich ein großes Menschenreservoir zur Verfügung, und die französische Kolonialpolitik geht denn auch dahin durch Hebung des Kulturniveaus die Eingeborenen dem französischen nahezubringen und die Naturalisation der Eingeborenen zu erleichtern. Das Gefühl der besseren Rasse ist in Frankreich kaum vorhanden, ganz im Gegensatz zu dem anderer Kolonialvölker. Der farbige stellt keinen minderwertigen Typ in Frankreich dar, es gibt auch farbige Abgeordnete.

Da die Bevölkerung Frankreichs sich nicht aus eigener Kraft vermehrt, wird wohl das Heil nur in der Vermischung liegen.

Eine Vermischung größeren Umfanges wird aber zweifellos große Veränderung hervorrufen. Schon heute überwiegt der griechische und saraganische Typ und ist der germanische selten. Die drei Millionen Kelten in der Bretagne leben ganz für sich, ein eigenes Leben, die Elsässer nicht minder.

Abd el Krim und die Friedensbedingungen.

Der „Temps" meldet aus Tanger: Abd el Krim weigert sich, die französisch-spanischen Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Die Verbreitung der Friedensbedingungen ist von Abd el Krim mit der Todesstrafe bedroht. — Ferner wird aus Marokko gemeldet, daß Abd el Krim eine neue große Offensive vorbereitet, um für den Fall von Friedensverhandlungen noch mehr Trümpfe in die Hand zu bekommen.

„Geht nach Berlin!"

Knebelung der Minderheiten in Polen.

Warschau, 16. Juli. Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung des Sejm erklärte der Abgeordnete Chacki für die Ukrainer und Weißrussen, daß das vorgestern in erster Lesung angenommene Agrarreformgesetz für die ukrainische und weißrussische Nation den Tod bedeute. — Dem Abgeordneten **Somicher wurde als Vertreter der Deutschen Minderheiten vom Vorsitzenden das Wort nicht erteilt.** Darauf die Deutschen zusammen mit den Ukrainern und Weißrussen als Protest gegen das Minderheitenfeindliche Agrarreformgesetz den Saal verließen. Der frühere Ministerpräsident Witos rief den Deutschen höhnisch nach: **„Geht nach Berlin!"** — Das Gesetz wurde sodann von den alleingebliebenen polnischen Parteien in zweiter Lesung angenommen.

Die Ruhrräumung.

Essen, 15. Juli. Ueber die im Gang befindliche Räumung des Ruhrgebietes erhalten wir folgende Nachricht: Die Stadtverwaltung Herne teilt mit, daß Herne am 16. Juli geräumt werden wird. Aus Hattingen wird gemeldet: Eine Kompagnie der französischen Besatzung ist in der vergangenen Nacht abgerückt. Die Angehörigen der Besatzungstruppen haben Hattingen verlassen. Sämtliche Wohnungen sind der Stadt zurückgegeben worden. Die vollständige Räumung Hattingens ist gegen Ende der Woche zu erwarten. Die Truppen kommen nach Ludwigshafen. Aus Osterfeld wird berichtet: Die Besatzung von Osterfeld hat die Waffen der Zivilbevölkerung, soweit diese noch vorhanden waren, an die Stadtverwaltung zurückgegeben. Die Waffen dürfen vor dem 15. August nicht ausgehändigt werden. Die Ortskommandantur Sterkrade hat eine Bekanntmachung erlassen, daß Anträge auf Schadenersatz innerhalb von acht Tagen nach dem Abrücken an die Generalkommandantur Duisburg zu stellen seien.

Der Geist der Unterdrückung.

Die schlimme Lage in der Pfalz findet in der englischen „Westminster Gazette" eine treffende Beleuchtung. Das Blatt veröffentlicht einen Bericht ihres Pfalz-Korrespondenten, der davon ausgeht, daß eine Zeitlang durch die Unterzeichnung des Londoner Abkommens eine bessere Atmosphäre zwischen den Bewohnern des besetzten Rheinlandes und den französischen Behörden geschaffen worden sei.

Die letzten Nachrichten aus der Pfalz zeigten jedoch, daß der Geist der Unterdrückung, der das Regime des Generals de Metz unter der Aera Poincarés kennzeichnete, noch nicht ausgerottet sei. Die Bevölkerung der Pfalz erhebe Klagen über eine Politik ständiger Nadelstiche im täglichen Leben. Der Bericht weist darauf hin, daß die Bevölkerung vor allem sehr ungehalten sei über **die jüngsten Befehle der Rheinlandkommission anläßlich der Jahrtausendfeier. Die Beschwerden gingen dahin, daß während die britischen Behörden diesen Befehl in einer vernünftigen Weise auslegen, der französische Oberbelegierte in der Pfalz darauf bestehe, alle Versammlungen, selbst die harmlosesten Aufzüge von Schulkindern, zu untersagen.**

Nicht den Buchstaben des Gesetzes, sondern den Geist, in dem es angewendet werde, hält die „Westminster Gazette" für das Entscheidende und gibt daher der Meinung Ausdruck, daß die Franzosen so wenig als möglich in die Freiheit der Bevölkerung des besetzten Gebietes eingreifen sollten. Zum Schluß macht das englische Blatt darauf aufmerksam, daß die ständige Anwesenheit farbiger Truppen noch immer als soziale und moralische Demütigung betrachtet werde.

*

Das Urteil ist trotz aller Vorsicht deutlich genug. Es stellt die vernichtendste Kritik an den französischen Besatzungsmethoden dar, die seit langem von der Seite eines Bundesgenossen geübt worden ist.

Das Ergebnis der Agrarenquête.

Der vom Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages eingesetzte Agrarquête-Ausschuß zur Prüfung der Agrarzollfragen und der damit zusammenhängenden Probleme hat seine Arbeiten beendet und das Ergebnis seiner Tätigkeit in einem umfangreichen Gutachten niedergelegt, worin es heißt:

Der Ausschuß geht von dem Gedanken aus, daß ein lückenloser Zollschutz der Wirtschaftslage Deutschlands nicht entspricht. Deutschland ist als übervölkerter Industriestaat darauf angewiesen, sein Preisniveau nicht unnötig über dasjenige des Weltmarktes zu steigern. Unter einer Erhöhung der Industriepreise würde die Landwirtschaft leiden. In ihrem Interesse liegt der Abbau vieler Industriezölle. Ebenso ist eine starke Herabsetzung der Zölle für Textilien, Leder und Holzwaren zu fordern. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß,

solange ein Abbau der Industriezölle nicht erfolgt ist, der Landwirtschaft ein Ausgleich nicht versagt werden darf. Dieser Ausgleich darf sich aber nicht in mechanischer Weise, nicht nach dem Prinzip des lückenlosen Zolltarifs vollziehen.

Die Agrarzölle sind als Teil eines Intensivierungsprogramms anzusehen, das gleichzeitig auf die Tragfähigkeit der Verbraucher Rücksicht nimmt. Der Ausschuß ist sich aus diesen Gründen darüber einig, daß die Veredelungserzeugnisse eine Bevorzugung erfahren müssen: wie Molkereierzeugnisse und Erzeugnisse der arbeitsintensivsten Bodenkultur. Dagegen müssen die nicht im Inlande herstellbaren Roh- und Hilfsstoffe der intensiven Landwirtschaft möglichst freibleiben, vor allem alle hochwertigen eiweißreichen Futtermittel.

Neben den eigentlichen Getreidezollzöllen hält die Mehrheit des Ausschusses einen mäßigen Zoll auf Mais und Futtergerste für erforderlich, wenn nicht die Ausdehnung und Intensität des Kartoffelbaues gehemmt werden sollen. Dagegen ist sie für Zollfreiheit aller Oelfrüchte und hochwertigen eiweißhaltigen Futtermittel. Sie glaubt, daß auf diesem Wege die Viehhaltung den Umfang von 1913 wieder erreichen wird, und in ihren Leistungen über den damaligen Stand hinaus, gehoben werden kann. Daß hohe Verhandlungszölle auch für Brotgetreide erforderlich sind, um die agrarischen Exportländer zum Abbau ihrer Industriezölle zu veranlassen, ist die einstimmige Meinung des Ausschusses.

Die Streikgefahr in Berlin.

Am Mittwoch fanden im Lohnkonflikt bei den Berliner städtischen Werken Einigungsverhandlungen statt. Am Abend beschlossen die Obleute der Gemeinde und Staatsarbeiter, die von der Direktion der Gas- und Wasserwerke vorgeschlagene Lohnerhöhung von 4 Pfg. ab 1. Aug. als unzureichend zu betrachten. Gleichzeitig wurde beschlossen, sich in diesem Konflikt noch einmal an das Reichsarbeitsministerium zu wenden. Donnerstag abend wird noch einmal eine große Funktionärversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter stattfinden, in der die endgültige Entscheidung fallen wird.

Sparen!

Zu der Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schreibt Ministerialdirektor Dr. Reuß in der „Köln. Zeitung" in einem Artikel über den „Primat des Reichs im Finanzausgleich" u. a.:

„Es bedarf . . . sowohl einer Nachprüfung der Aufgabenverteilung, d. h. der Möglichkeit einer Beschränkung der Aufgaben und der Beseitigung der Ueberschneidungen der Aufgabenkreise, wie einer genauen statistischen Erfassung des Bedarfs und der Einnahmen an Stelle der bisherigen, vollkommen unzureichenden Schätzungen, um für die abschließende Regelung des Finanzausgleichs und damit der Finanzreform die erforderlichen Grundlagen zu bekommen.

Eine gewisse Kontrolle über die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden . . . ist auch für die Dauer notwendig und widerspricht in keiner Weise der Verfassung.

Vom Standpunkt des Reichs muß gegenüber den Forderungen der Länder und Gemeinden unbeschadet der Erhaltung ihres Eigenlebens und der Erfüllbarkeit ihrer wesentlichen Aufgaben an dem Primat des Reichs für die Deckung der ihm obliegenden Kriegslasten und an der Forderung festgehalten werden, daß auch bei den Ländern und Gemeinden die äußerstmögliche Einschränkung der Ausgaben durchgeführt wird. Auf der andern Seite wird auch dem weiteren Anschwellen der Ausgaben beim Reich durch Mehrbewilligungen, wie es jetzt festzustellen ist, künftig ein Riegel vorzuschieben sein.

Der Apparat der gesamten öffentlichen Verwaltung muß durch geeignete organische Maßnahmen eingeschränkt und vereinfacht, und die Gesetzgebung, welche den Ländern und Gemeinden Lasten verursacht, nach Möglichkeit abgebaut werden.

Aufgaben, die nicht unbedingt von der öffentlichen Hand zu leisten sind, müssen, wie früher, auf freiwillige Einrichtungen der Beteiligten und ehrenamtliche Betätigung abgebürdet werden. Die Deckung von Fehlbeträgen muß und kann durch Einsparungen erreicht werden. Größtes Gewicht muß dabei im Interesse einer richtigen Finanzpolitik und aller Steuerzahler auf die vergleichende Erfassung des Verbrauchs an öffentlichen Mitteln gelegt werden.

Allerlei Kolonisten in Deutschland.

Von A. von Oertzen.

Die Buddhisten.

In der reizvollen Gartenstadt Frohnau, eine halbe Stunde von Berlin (sehr wenigen bekannt) wird das Leben gründlichst verneint — man hat erkannt, daß es möglich ist, den Kreislauf des Daseins bewußt abzustellen und man tut es mit Konsequenz.

Was eigentlich der Buddhismus will, das ist wohl vielen ein vager Begriff: Seelenwanderung durch Aeonen von Jahren, auf und ab in Menschen- und Tiergestalt — bis zur Auflösung in das erlösende Nichts! Die letzte Konsequenz dieser Lehre, die wirklich das Aufhören der Lebensfunktionen durch den Willen herbeiführt, steht sie wirklich im Bereich menschlicher Berechnung? —

Die Frage, wozu diese Abkehr von Natur und Genuß erscheint in dieser gesegneten Gartenoase in märkischer Sandwüste besonders problematisch — aus den Fenstern des Buddhistenhauses, wo Abkehr von dem ewigen, beglückenden Prozeß des „Werdens" gepredigt wird, schweift der Blick über sonnendurchflimmerte Kiefernwälder, aus der Ferne klingt der lockende Ruf des Kuckuck und Millionen von Insekten schwirren in seligem Reigen auf und nieder — nur der Mensch will nicht mehr, „das Zurückkommen der Gestaltungen, das ist Glück", also sprach der große Buddha!

Dieses „buddhistische Haus", gedacht als Keimzelle der großen Religion des Ostens für Europa wurde 1924 von Dr. Dahlke, einem vielgereisten Arzt erbaut. Man betritt das Grundstück durch ein eigenartiges, mit Elefanten geschmücktes Tor, nachgebildet dem Zugang zu einem berühmten Tempel des großen Weltvereineners auf Ceylon. In dem Hause wohnen nur 6 Menschen, der Begründer der Kolonie, Dr. Dahlke, übt als Homöopath eine charitative Tätigkeit aus, die andern fünf pflegen Haus und Garten; auch der Verlag der „Neu-Buddhistischen Zeitung" erfordert viel Arbeit.

Das Leben der Buddhisten in Frohnau, nach bestimmten Gesetzen abgegrenzt, soll in stetiger Ascese zur innerlichen Loslösung von der Welt führen — „Alles muß zu nichts verfallen . . ." Eine einfenstrige Klause, tief im Walde versteckt, bietet dem Anachoreten Obdach, der in vollständiger Selbstentsagung fern von den Menschen der Kontemplation leben will — so sind alle Stadien der weltverneinenden Lehre hier zu durchlaufen. — Monatliche Feste in der Vollmondnacht bieten auch den außerhalb Frohnaus lebenden Buddhisten Gelegenheit zum Zusammensein, ein stimmungsvoller Versammlungssaal, geschmückt mit einem Steinrelief, den erhabenen Buddha darstellend, bietet den Rahmen für Aussprachen und Vorträge.

Die Russenkolonie.

Dicht am Tempelhofer Feld, an der Papestraße liegt die „Kolonie der Heimatlosen": hier hausen Deutsche Flüchtlinge vom Rhein und von der Ruhr, aus Oberschlesien und russische Verbannte friedlich nebeneinander, d. h. jedes Volk hat seinen besonderen Bezirk.

Den Russen hat das deutsche „rote Kreuz" eine Barackenstadt zur Verfügung gestellt, hier wohnen die Aermsten der Armen, die nicht soviel verdienen, um eine eigene Wohnung bezahlen zu können. In niedrigen Holzbaracken sind etwa 80 Russen untergebracht, „Russenheim" nennt sich die Kolonie. — Den Studierenden, die an den Hochschulen Berlins arbeiten, bietet das „Studentenheim" Obdach und Asyl.

Von rührender Heiterkeit und Zufriedenheit sind diese Verbannten, denen nur spärliche Reste ihrer besseren Existenz geblieben sind. Die einzige Straße zwischen den Baracken, bestanden mit wenigen kümmerlichen Bäumen, armseligem Gras, das aus verstaubten, schwarzem Boden hervorwächst, haben sie mit bunten Fähnchen geschmückt „es war ein Kinderfest" sagt der freundliche Verwalter, und freut sich an seinen Kleinen, die hinter ihm dreinkrippeln.

In dem Studentenheim wird fleißig gearbeitet und in den Mußstunden pflegt man die Künste — aus dem geöffneten Fenster klingen, von einer Geige getragen, die tiefmelancholischen Weisen der slawischen Rasse. — Ein blasser Student sitzt in der Bibliothek, über russischen Zeitungen, bereitwillig zeigt er die Zimmer der Freunde — einfach bis zur äußersten Bedürfnislosigkeit und doch — voller Hoffnung, lebt hier diese Jugend eines großen, ungebrochenen Volkes.

Leopold Jessner zum Professor ernannt. Als Leiter der neuen Staatlichen Schauspielschule in Berlin ist der Intendant des Berliner Staatstheaters, Leopold Jessner, zum Professor ernannt worden.

Ernennung zum Ehrendoktor. Aus Anlaß der Tagung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Königsberg i. Pr. hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der dortigen Albertus-Universität dem Leiter der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" Alexander Wyneken, „dem Nestor der ostpreußischen Presse, dem ausgezeichneten Mann, der 25 Jahre lang dem Vorstande des Vereins Deutscher Zeitungsverleger angehörte," der länger als ein Jahrzehnt sein Ehrenmitglied und der Vorsitzende des Kreisvereins ostpreußischer Zeitungsverleger ist, die Würde eines Doctor rerum politicarum honoris causa verliehen.

Eine wichtige Entdeckung zur Krebsforschung. Das medizinische Untersuchungsinstitut in London steht im Begriffe, wichtige Veröffentlichungen über den Erreger der Krebskrankheit zu machen.

Max Jungnickels neues Drama: „Wunder um die Schusterkugel" wurde vom Kleinen Theater in Kassel zur Uraufführung angenommen.

Die neue Spielzeit des Mitteldeutschen Landestheaters (vorsymbolsen mit dem Städtebundtheater Weißenfels) wird am 15. September eröffnet. Die Direktion hat wiederum Kräfte von ersten Theatern verpflichtet. Der Spielplan bringt u. a. folgende Werke: „Torquato Tasso", „Donna Diana" von Moreto, „Miß Sara Sampson" von Lessing, „Medea" von Grillparzer, „Elga" von Hauptmann, „Rausch" von Strindberg, „Therese Raquin von Zola, „Wie man's macht, ist's richtig" von Culenberg und „Erziehung durch Kolibri" von Rehfisch. Daneben sollen künstlerische Morgenfeiern durchgeführt werden. Die Vervollkommnung des technischen Apparates macht dem Theater jetzt Aufführungen auch auf der ungünstigsten Bühne im entlegensten Orte möglich, so daß es seinen Beruf, als wahres Landestheater künstlerische Aufführungen in alle theaterlosen Orte zu bringen, bis ins letzte erfüllen kann.

Der Wasserturm des Großen Kurfürsten in Potsdam entdeckt. Bei der Anlage eines kleinen Motorbootshafens in der Havel beim Hause Humboldtstraße 4 in Potsdam stießen die Arbeiter auf ein großes, aus Sandstein und Mauersteinen bestehendes außerordentlich festes Fundament. Nach den Feststellungen der Potsdamer Lokalhistoriker Dr. Besteharn und Professor Rumpf handelt es sich dabei um das Fundament des Wasserturmes für das Potsdamer Schloß, den der Große Kurfürst anlegen ließ, und der schon auf der Karte von Suchodeles aus dem Jahre 1683 verzeichnet ist. Das massive Fundament erstreckt sich bis auf den Hof des Palastes Barberini. Eine Rohrleitung konnte man bis zum Hause Humboldtstraße 1 verfolgen, wo sie sich westwärts dem Lustgarten zuwendet. Es ist dies wahrscheinlich die Zuleitung der „Wasserfontaine" Königs Friedrichs I.

Funde aus der Römerzeit. Anläßlich der archäologischen Forschungen bei Szöny in Ungarn in der Nähe von Komorn, wo zwei unversehrte Sarkophage aus der Römerzeit zu Tage gefördert wurden, hat der Direktor des Ungarischen Nationalmuseums festgestellt, daß die beiden Sarkophage an der Straße liegen, auf der sich der sehr lebhafte Verkehr zwischen den Römerstädten Sopiane (heute Fünfkirchen) und Brigetio (heute Szöny) abwickelte. Das Nationalmuseum wird nun auf einem Gebiete von mehreren tausend Quadratmetern systematische Ausgrabungen durchführen lassen. Zugleich wird auch das Gebiet bei Barcsapuszta, in der Nähe der Stadt Wesprim systematisch erforscht, wo unlängst ein 60 Quadratmeter großes farbiges Mosaikbild gefunden wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250717011/fragment/page=0002